Basel, den 15. August 1925 XXV. Jahrgang / No. 33

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: 30 Jahre internationaler Genossenschaftsbund. — Führende Gedanken. — Die „Rote Revue" über die Genossenschaftsbewegung. — Die Idee des Klassenkampfes. — Fremde Genossenschafter in Basel. — Frauenarbeit in der Genossenschaft. — Was man sagt — und wie es ist. — Volkswirtschaft: Wirtschaftlicher Wochenbericht. Die Zolleinnahmen. — Verbandsnachrichten: Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 11. August 1925. — Aus unserer Bewegung. — Bibliographie. — Mitteilungen der Redaktion.

30 Jahre internationaler Genossenschaftsbund.

(Ein Rückblick.)

Am 19. August begeht der Internationale Genossenschaftsbund den 30. Jahrestag seiner Errichtung als unabhängige Organisation zur Verwirklichung des genossenschaftlichen Ideals — der Schaffung eines genossenschaftlichen Gemeinwesens.

Es ist daher angebracht, nicht nur, dass wir uns der beachtlichen Durchführung seiner Aufgabe erfreuen, sondern auch, dass wir Halt machen, um für einen Augenblick auf den Weg zurückzublicken, der hinter uns liegt, und zugleich einen Ueberblick über die Höhen gewinnen, die noch zu ersteigen, über die Abgründe, die noch zu überbrücken, und die Hindernisse, die noch zu überwinden sind, ehe wir in das gelobte Land gelangen.

Der Schauplatz der vorbereitenden Tätigkeit, die zur Gründung des Bundes — wie zur Schaffung der Gesamtbewegung, die der Bund zu umfassen sucht — führte, lag in Grossbritannien. Das heisst nicht, dass die Begründer der internationalen Genossenschaftsbewegung alle Briten gewesen seien, durchaus nicht, aber die Entwicklung des Genossenschaftswesens in seinen primitiven und auch in seinen fortgeschritteneren Formen wurde in jener Periode in Grossbritannien so fest abgesteckt, dass sich daraus fast von selbst ergab, dass hier der geeignetste Boden und die Verhältnisse zu finden waren für jenen umfassenden Ausdruck seiner Ideale, den der Internationale Genossenschaftsbund zu geben bestimmt war.

Von 1869 bis 1895 hatte der verborgene Gedanke eines internationalen Bundes in jenen Ländern unseres Erdteils geglimmt, in denen die Bewegung die grösste Entwicklung erreicht hatte. Der alljährliche Austausch gleichgesinnter Vertreter zu den Kongressen der verschiedenen Landesorganisationen hatte den Gedanken eines organischen Zusammenschlusses gefördert und die Stimmung der Genossenschafter für engere Beziehungen angeregt. Auf dem britischen Kongress im Jahre 1886 in Plymouth war es, wo Emile de Boyve aus Nimes, unter tatkräftiger Mitwirkung von Edward Vansittart Neale vom Britischen Verbande, den ersten bestimmten Vorschlag zur Bildung eines Internationalen Bundes machte. Aus der wohlwollenden Aufnahme, die der Vorschlag fand, ergaben sich praktisch die ständigen Bemühungen der nächsten neun Jahre, die für eine unabhängige, alle Länder vertretende Organisation notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Georg Jakob Holyoake, der Historiker und Vorkämpfer in der Frühzeit des Genossenschaftswesens in England, war es, auf dessen Antrag auf dem im Saale der Gesellschaft für schöne Künste in London abgehaltene Kongress am 19. August 1895 der Bund gegründet wurde. Die Entschliessung hatte folgenden Wortlaut:

«Dass die Organisationen und Personen, die ihren Beitritt erklärt haben, sich hiermit konstituieren als «Der Internationale Genossenschaftsbund», um das von Vansittart Neale und seinen Freunden begonnene Werk fortzusetzen.»

Zugegen waren auf dem Kongress Vertreter von zwölf Ländern, nämlich: England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Schweiz, Serbien, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Vereinigte Staaten, Argentinien und Australien.

Von Interesse ist, im Hinblick auf die Nachkriegsentwicklung des I. G. B., festzustellen, dass im Programm dieses ersten Kongresses unter den wichtigeren Beratungspunkten enthalten waren: Internationale Handelsbeziehungen; genossenschaftliches Bankwesen, Organisierung einer internationalen genossenschaftlichen Ausstellung. Die beiden ersten Punkte enthalten Probleme, die uns heute noch beschäftigen und der völligen Lösung harren, der letzte fand trefflichen Ausdruck in der Ausstellung, die in Verbindung mit dem internationalen Kongress in Manchester im Jahre 1902 veranstaltet wurde, noch mehr aber in der glänzenden und einzigartigen Schau, die von den belgischen Genossenschaftern im vorigen Jahr im Anschluss an den Genter Kongress organisiert war. Es wäre wertvoll, sich den zurückgelegten Weg und den in den verflossenen 30 Jahren erzielten Fortschritt zu merken und Kenntnis zu nehmen von

dem Abstande, der zu beseitigen war, ehe die Verwirklichung erreicht wurde.

Die Freunde der genossenschaftlichen Produktion, wie man sie nannte, waren damals vermutlich führend, und das Teilhaberschaftssystem spielte in den Sitzungen des Bundes eine hervorragende Rolle. Was Professor Gide die «Bürgerliche Periode» nannte, dauerte bis zum Kongress in Manchester im Jahre 1902, wo auf das Drängen der britischen Vertreter die persönliche Mitgliedschaft im Bunde beseitigt wurde, ausgenommen für die Länder, in denen keine national organisierte Genossenschaftsbewegung bestand.

Unter den Vertretern des Bürgertums in der ersten Periode verdienen genannt zu werden Richter Hughes, J. M. Ludlow und andere aus der christlich-sozialistischen Bewegung von 1848 und später, die durch ihre schriftstellerische Befähigung und ihren parlamentarischen Einfluss viel dazu beitrugen, eine angemessene, Schutz und Betätigungsfreiheit gewährende Gesetzgebung herbeizuführen — Gesetze, die, das ist nicht zu viel gesagt, das Muster für die meisten andern Länder lieferten. Weiter waren da Charles Robert, der Apostel der Gewinnbeteiligung in Frankreich und Edward Owen Greening,

Alle Genossenschaftsarten waren in dem neuen Bunde vereinigt, vornehmlich jedoch Produktivgenossenschaften und jene Genossenschaftsarten, die bestimmt waren, die Arbeiter als Produzenten in den Stand zu setzen, selbständig zu werden. Wie schon gesagt, drängten die Konsumgenossenschaften ständig vorwärts an die Spitze, bis der Bund vorwiegend eine Organisation der Konsumvereine wurde.

Der Fortschritt, der in dieser Richtung gemacht wurde, ergibt sich am besten aus einem Vergleiche zwischen den auf dem Londoner Kongress 1895 skizzierten (und in Paris 1896 gebilligten) Zielen und denen, die in der Entschliessung des Hamburger Kongresses 1910 enthalten sind. In jener wurde u. a. erklärt, «dass der Bund bezweckt, durch jede zu Gebote stehende Art der Werbetätigkeit die Beteiligung des Personals am Gewinn, die ein Kennzeichen jeder Genossenschaft ist, und damit den Zeitpunkt zu beschleunigen, wo alle den Namen «Genossenschaft» tragenden Vereinigungen im Interesse der Arbeit die Beteiligung ihres Personals am Gewinn organisiert und ihren Satzungen die Verpflichtung zur Durchführung dieser Beteiligung eingefügt haben.»

Im Jahre 1910 waren die Ziele des Bundes erweitert zu der Anerkennung, «dass die Genossenschaftsbewegung in ihrem Wesen eine soziale Bewegung ist, die durch Bildung wirtschaftlicher, auf gegenseitiger Hilfe beruhender Vereinigungen den Schutz der Interessen der Arbeiter — Hand- und Kopfarbeiter — bezweckt. Daher bemühen sich alle echten Genossenschaftsarten, die Verteilung des Nationalvermögens zugunsten der arbeitenden Klasse zu beeinflussen, das heisst das aus der Arbeit hergeleitete Einkommen zu vermehren und seine Kaufkraft zu erhöhen und den Vermögenszuwachs aus dem Besitz an Produktions- und Austauschmitteln — nämlich Profit aus Kapital, Zinsen und Renten — zu vermindern.»

Diese wichtige Entschliessung versuchte, allumfassend zu sein. Sie fuhr fort mit der Einladung an alle genossenschaftlichen Verbände und Gesellschaften, sich dem Bund anzuschliessen, «um die genossenschaftliche Theorie und Praxis weiter zu entwikkeln» und erklärte ferner, «dass ein solcher Bund den Weg frei macht für das gegenseitige Verständnis unter den Völkern auf der Grundlage gleicher Rechte und gegenseitiger Berücksichtigung und so die hohe und edle Absicht fördert, die Menschheit vorzubereiten auf allgemeinen Frieden und Wohlergehen».

Hier haben wir eine völlige Umgestaltung der Grundlage und der Verfassung des Bundes in der Ersetzung des individualistischen Teilhabersystems durch die Ideale und die Methoden der Rochdaler Pioniere.

Im Jahre 1913, beim letzten Vorkriegskongress, zählte der Bund 24 Länder, 55 Verbände, 3871 Einzelgenossenschaften, die ungefähr 20,000,000 Genossenschafter vertreten.

Beim Kongress in Gent im Jahre 1924 waren diese Zahlen gewachsen auf 30 Länder, 46 Verbände, 74,830 Einzelgenossenschaften, die ungefähr 44,000,000 Genossenschafter vertreten.

Heute umfasst der Bund die nationalen Genossenschaftsorganisationen von 34 Ländern und nicht weniger als 50 Millionen Mitgliedern.

Der Bund kann die unter internationalen Organisationen einzig dastehende Tatsache verzeichnen, dass er während der Kriegszeit seine Mitgliedschaft unversehrt erhielt und wenigstens teilweise seine Beziehungen zu der ganzen Genossenschaftswelt fortsetzte. Die sieben Jahre, die seit dem Waffenstillstand etwa verflossen sind, wurden benutzt, seine Kräfte neu zu ordnen und seine Verfassung den neuen — territorialen, wirtschaftlichen und sozialen — Bedingungen anzupassen. In dieser Periode haben sich seine Grenzen gewaltig erweitert; die lebendigen Verbindungen zwischen den Staaten wurden im allgemeinen gefestigt, und der Bund ist heute in Wirklichkeit ein weit bedeutenderer Kraftfaktor für wirtschaftliche Gerechtigkeit, für Brüderlichkeit und Frieden, als je zuvor.

Bei voller Einigkeit in den eigenen Reihen, bei dem Wachstum der materiellen Mittel, das zweifellos mit der Wiederkehr des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa eintreten wird, verspricht der Bund, unter der belebenden Wirkung des gemeinsamen Zwecks vorwärtszuschreiten zur Verwirklichung des von ihm verkündeten Zieles.

H. E. May (London).

* * *

Grüsse einzelner Pioniere des I. G. B.

Herr G. J. D. C. Goedhart (Haag), Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes:

«Fünfzig Jahre nach der Eröffnung des Ladens in der «Krötengasse» zu Rochdale wurde der Internationale Genossenschaftsbund von Edward Vansittart Neale und seinen Freunden gegründet.

Dreissig Jahre sind seither verflossen, und fünfzig Millionen Genossenschafter in vierunddreissig Ländern scharen sich jetzt unter seinem Banner.

Viele der Mitbegründer sind schon hinübergegangen in jenes Land, von wo kein Wanderer zurückkehrt, aber ihre Schöpfung besteht, und wir sehen überall die Genossenschaft in Blüte, anerkannt von den wirklichen Volkswirten und Staatsmännern als die Zukunftshoffnung, die sie in Wahrheit ist.

Der I. G. B. wird schliesslich alle Nationen zu einer gemeinsamen Aufgabe vereinigen, und die «Krötengasse» ist bestimmt, der eigentliche Geburtsort des Weltfriedens zu sein.»

Sir William Maxwell (Rothesay), früherer Präsident des I. G. B.:

«Der dreissigste Jahrestag der Gründung des Internationalen Genossenschaftsbundes sollte in allen

guten Genossenschaftern der ganzen Welt den Gedanken wachrufen an das grosse und segensreiche Werk, das er vollbracht hat.

Als Herr de Boyve von Nimes uns auf dem ersten Plymouther Kongress 1886 den Vorschlag unterbreitete, herrschte noch nicht viel Begeisterung, aber bei näherer Ueberlegung gewann der Gedanke an Kraft.

Der verstorbene Earl Grey war Vorsitzender der ersten Sitzung, die sich mit der Errichtung des Bundes beschäftigte. Viele der Führer, die an seiner Gründung teilnahmen, sind jetzt von uns gegangen, aber sie haben uns ein Erbe hinterlassen, dessen Wert unschätzbar ist. Die Organisation des Bundes in der ganzen Welt war eine gewaltige Aufgabe, die eine lange und schwierige Arbeit von der Leitung verlangte. Heute umfasst er fast alle Länder der Welt, die alle ein Interesse an seinem grossen Werke haben, das der Welt Frieden und den Genossenschaftern aller Völker Wohlergehen zu bringen verspricht. Möge sein Weg immer aufwärts und vorwärts führen und die Menschheit in immer engere und brüderlichere Beziehungen bringen.

«Was geschehn könnt'? Dieses könnt' geschehn
und vielmehr noch, Dulderbruder mein,
mehr als Menschenzungen
je gesagt, gesungen,
würden weise wir und lieb einander sein.»

Professor Charles Gide (Paris):

«Der Kongress in London im Jahre 1895 war der Zeitpunkt der Taufe oder, wenn man will, der offiziellen Geburt des Bundes. Das Datum seiner natürlichen Geburt oder der Empfängnis liegt weitere neun Jahre zurück bis zum Kongress in Plymouth 1886, als mein Freund de Boyve mit Vansittart Neale zuerst den Gedanken aufwarf. In der Zeit von 1886 bis 1895 verfolgte ich den Prozess seiner sorgfältigen Entwicklung. Der Embryo ward Wirklichkeit innerhalb eines Jahres, das dem französischen Kongress in Lyon folgte, in Gestalt eines Komitees, das aus Vertretern Englands, Italiens und Frankreichs bestand — zu denen auch ich gehörte — das aber nie zusammentrat!

Bekanntlich schwebte den Gründern des Internationalen Genossenschaftsbundes die Erreichung eines doppelten Zweckes vor: einmal des sozialen Friedens, durch Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Gruppen oder Klassen der Gesellschaft und zwischen Kapital und Arbeit, hauptsächlich durch Gewinnbeteiligung, und zum andern des internationalen Friedens, durch Zusammenarbeit der Nationen, insbesondere auf dem Wege der Handelsverträge und des Schiedsgerichts. Kurz darauf wurde das erste Ziel aufgegeben, weil es sich als unmöglich erwies, zu einer allgemeinen Verständigung zwischen den verschiedenen Richtungen der sozialen Gedankenwelt und zwischen den gegensätzlichen Klassen zu gelangen, und weil auch die Gewinnbeteiligung ein viel zu beschränktes und unsicheres Programm war, um als Grundlage eines solchen Bundes zu dienen.

Nur das zweite Ziel blieb. Es ist in der Tat allgemein genug, alle Parteien zu umfassen, genau wie die neue Flagge des Bundes alle Regenbogenfarben umschliesst.

Wir dürfen jedoch keinen Illusionen verfallen. Der Internationale Genossenschaftsbund wird einige Schwierigkeiten haben, auch auf dieser Grundlage, seine Einigkeit aufrechtzuerhalten. Es ist unmöglich, eine internationale Genossenschaftsbewegung auszubauen, ohne bis zu einem gewissen Grade eine internationale Politik zu berühren. Von einigen Seiten ist dem Bunde der Vorwurf gemacht worden, dass er in dieser Richtung zu weit gehe, aber es ist keine einfache Sache, aus Moskau und Rom, Brüssel und Sofia eine glückliche Familie zu machen — oder, zu gewissen Zeiten, aus den konkurrierenden Verbänden des gleichen Landes. Einigkeit muss jedoch erhalten bleiben, und wäre es nur, um den Wünschen der Gründer des Bundes, die nicht mehr unter uns weilen, Wirkung zu verschaffen und um gleichzeitig unserer jüngeren Schwester, dem Völkerbund, ein Beispiel zu geben.

Man ist bisweilen so liebenswürdig gewesen, meine Worte zu zitieren, dass die Genossenschaft unser Stern sein müsse. Nun, die Astronomen erzählen uns, dass, wenn von zwei entgegengesetzten Punkten der Erde nach einem Stern geschaut wird, der Winkel so klein ist, dass die Strahlen parallel liegen. Wenn also die Genossenschafter mit den abweichendsten Anschauungen nur hoch genug zu blikken verstehen, werden ihre Meinungsverschiedenheiten verschwinden.»

Herr James Deans (Kilmarnock), früheres Mitglied der Exekutive des I. G. B.:

«Es kann, glaube ich, mit Recht gesagt werden, dass in den dreissig Jahren, die seit dem Tage verflossen sind, da jener historische Kongress in London abgehalten wurde, die Tätigkeit des Bundes eine Notwendigkeit war, und ich glaube ferner, bei Beschränkung auf die Tätigkeit der Organisation und in Rücksicht auf die zahlreichen schwierigen Probleme, die der Bund zu lösen hatte, dass die weltumfassende Stellung, die er jetzt errungen hat, eine sehr beachtliche Leistung und ein genügender Beweis dafür ist, dass die Methoden, nach denen er aufgebaut wurde, gesund waren und allen, die am Werke beteiligt waren, zur höchsten Ehre gereichen.

Ein sehr erfreuliches Zeichen für die Zukunft des Bundes ist es, dass er jetzt in eine neue Tätigkeitsphase in Form schöpferischer Gestaltung eintritt. Nach meiner Meinung sind der Gedanke der Organisierung internationaler genossenschaftlicher Ausstellungen anlässlich der internationalen Kongresse, wie er jüngst in Gent so erfolgreich durchgeführt wurde, die Errichtung einer Internationalen Grosseinkaufsgesellschaft und eines internationalen Bankwesens mit dem Ziele der Schaffung eines internationalen genossenschaftlichen Handelsverkehrs auf breitester Grundlage, alles Vorschläge durchaus gesunder und praktischer Art, die grosse Zukunftsmöglichkeiten in sich bergen und die Unterstützung aller aufrichtigen Genossenschafter verdienen.

Ich hoffe zuversichtlich und aufrichtig, dass der Bund allzeit das Glück haben möge, in den eigenen Reihen die Einheit des Zieles und des Strebens aufrechtzuerhalten und an die Leitung seiner Geschäfte Männer und Frauen mit Geschick, Mut und Fähigkeiten zu stellen, beseelt vom Geiste der Grundsätze und Ideale, auf denen seine Gründung beruht, dass er vorwärtsschreiten, seine Grenzen erweitern und seine Grundsätze verbreitern möge bis zum Eintritt des Ereignisses, das das Ziel aller wahren Genossenschafter ist — des genossenschaftlichen Gemeinwesens.»

Fräulein Catherine Webb (London), Herausgeberin der «International Co-operation»:

«Die verstorbene E. A. Tournier und ich waren bestimmt, die Gilde in den Sitzungen zu vertreten, in denen der Bund ins Leben gerufen wurde, und ich entsinne mich noch sehr gut der Meinungsstürme, die wegen der Politik tobten, die er betreiben solle.

Ich vertrat damals, wie heute noch, die Auffassung, dass die Genossenschaft das einzige sichere umfassende Programm abgeben kann, nach dem alle für das gemeinsame Wohl zusammenarbeiten können, sowohl in nationalen als auch in internationalen Dingen. Damit meine ich nicht die Formen der Genossenschaft, die gesehen, empfunden und verknüpft werden können durch materielle Interessen, sondern die Form, die das gegenseitige Wohlwollen und das Verständnis für die Ziele und Ideale jedes einzelnen pflegt, wie es der Bund zu tun bemüht ist für die Völker aller Länder, wo genossenschaftliche Methoden in irgendeiner Form geübt werden.

Der Vormarsch ging langsam und mühselig vor sich, aber ich glaube, dass der Bund das Anrecht erworben hat, zu den wichtigsten Faktoren der heutigen Genossenschaftsbewegung gezählt zu werden. Er wird, davon bin ich fest überzeugt, raschere Fortschritte machen, wenn die Genossenschaftsbewegung Mittel und Wege findet, seine Tätigkeit der grossen Masse der Genossenschafter zur Kenntnis zu bringen.

Führende Gedanken

Vom Wesenszweck der Genossenschaft.

Der Zweck der Genossenschaft ist die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile. Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist ein gemeinschaftliches Unternehmen, ein gemeinschaftlicher Betrieb, dem die Mitglieder einen Teil ihrer eigenen wirtschaftlichen Funktionen übertragen. Diese Beziehung des Genossen zur Genossenschaft, nämlich die Uebertragung eigener wirtschaftlicher Funktionen auf den gemeinschaftlichen genossenschaftlichen Betrieb, ist ein Wesensmoment der Genossenschaft und ein charakteristisches Unterscheidungsmerkmal zwischen Genossenschaft und Kapitalgesellschaft....

Das Merkmal der Genossenschaft als Personengesellschaft mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten der Genossen gibt ihr den Charakter einer reinen Demokratie. Die Uebertragung eigener wirtschaftlicher Funktionen auf ein gemeinschaftliches genossenschaftliches Unternehmen führt zur Ausschaltung eines oder vieler privater individueller Unternehmer oder Kapitalgesellschaften im Wirtschaftsleben. Jede Genossenschaft enthält oder ist — je nach ihrer Art — Wirtschaftssozialismus....

Der Zweck der Genosenschaft, die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, erscheint dem oberflächlichen Betrachter rein materialistisch. Je mehr jedoch eine Genossenschaft eine Gemeinschaft der Armen und Minderbemittelten ist, desto mehr ist die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch den genossenschaftlichen Betrieb doch nur ein anderer Ausdruck für Linderung der Not, Minderung des Elends, Trocknen der Tränen, Erhöhung der Lebenshaltung, wirtschaftliche Unabhängigkeit und sittliche Hebung. Genossenschaft ist Nächstenliebe und Nächstenhilfe; Genossenschaft ist edelstes Samaritertum.

Da die Hauswirtschaft durchweg eine Familie umfasst, so ist die Familie die Zelle der Konsumgenossenschaftsbewegung, wie sie die Zelle des Staates ist, ja, sie ist selbst eine Konsumgenossenschaft im kleinsten Ausmasse.

Heinrich Kaufmann.
Aus: Wesen und Ziel der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die „Rote Revue" über die Genossenschaftsbewegung.

III. (Schluss.)

Zu einem Stein des Anstosses ist in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die Zurückhaltung geworden, die der Verband schweiz. Konsumvereine bei Aktionen einnimmt, von denen es wohl heisst, dass sie wirtschaftlicher Natur seien, bei denen es aber doch der politische Boden ist, auf dem sie ausgetragen werden. Nebenbei bemerkt, gibt es unserer Auffassung nach kaum politische Fragen, die nicht Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben haben, so dass beim A sagen, d. h. beim Mitmachen der Konsumvereinsbewegung bei wirtschaftspolitischen Angelegenheiten nicht mehr die Grenze zu erkennen wäre, wo nicht auch noch B gesagt werden müsste. Aber, um bei den sogenannten rein wirtschaftlichen Fragen zu bleiben, hier hat es sich klar erwiesen, dass die Möglichkeit der Einsetzung der gesamten oder auch nur eines erheblichen Teiles der Mitgliedschaft der Konsumvereine nicht vorhanden war. Es war unzweifelhaft eine falsche Rechnung, wenn man erwartete, dass der V. S. K. mit den hunderttausenden von Mitgliedern der Konsumvereine bei Volksabstimmungen das ausschlaggebende Gewicht in die Wagschale werfen könne. Bei wirtschaftspolitischen Landesfragen votieren die Stimmberechtigten im grossen und ganzen nach den ihnen richtig erscheinenden Parteiparolen. (Als Zwischenbemerkung sei gestattet, auf die Abstimmung betr. Vermögensabgabe hinzuweisen, wo die Sozialdemokratie sogar von einem Teile ihres sonst vorhandenen Parteianhanges im Stiche gelassen wurde.) Die Volksabstimmung über die Zolltarifinitiative, bei welcher der V. S. K. offiziell mitmachte und einen erheblichen Teil der Agitation bestritt, brachte ein Resultat, das wirklich dazu nötigte, über die Frage nachzudenken, ob es überhaupt wünschbar sei, dass der Verband sich an solchen Aktionen beteilige. Die verwerfenden Stimmen (ca. 170,000) hätten der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund, wenn sie im Abstimmungskampfe allein gestanden wären, noch nicht erlaubt, auf das Resultat stolz zu sein, aber im Verein mit unserem Verband erfochten, musste es als kärglich und kläglich erscheinen. Dann hat diese zerschellte Aktion obendrein eher gestärkt, was mit der Initiative geschwächt werden sollte.

Wollte der Verband schweiz. Konsumvereine um wirtschaftspolitische Fragen in der politischen Arena kämpfen, so wäre er ja in den Augen gewisser Politiker der wackerste Kerl, auch wenn er dabei an Bedeutung und Leistungsfähigkeit stark abnehmen müsste. Die bisher mit der Beteiligung an solchen Aktionen gemachten Erfahrungen zeigen, dass der V. S. K. dabei sein Ansehen in der Oeffentlichkeit nicht zu erhöhen vermochte. Schon bei der Abstimmung über den Zolltarif im Jahre 1903 musste derjenige, der das Resultat eingehender prüfte, den Eindruck erhalten, dass die Konsumvereinsmitglieder nicht vollzählig für die Verwerfung des Zolltarifes mobilisiert werden konnten. (Die verwerfenden Stimmen betrugen, obwohl neben dem V. S. K. und der Sozialdemokratischen Partei noch namhafte Wirtschaftsverbände und Interessentengruppen für die Verwerfung eintraten, nur 224,000.) Beim Lebensmittelpolizeigesetz im Jahre 1906 war es geradezu peinlich, als sich nur rund 150,000 verwerfende Stimmen ergaben, wo doch der V. S. K. allein bereits

154,280 Mitglieder aufwies, sowie bei der Tatsache, dass neben der Sozialdemokratie noch andere Kreise für die Verwerfung eingetreten waren. Und die Zolltarifinitiative führte zu einem noch viel deutlicheren Fiasko. Es hat sich also mit immer grösserer Deutlichkeit ergeben, dass der V. S. K., sobald eine Frage politisch beantwortet werden muss, keine übereinstimmende Meinung in der Mitgliedschaft der Konsumvereine vorfindet, wie er auch keine Mittel besitzt, den Konsumvereinsmitgliedern einen Befehl aufzudrängen. Sollte es jemandem einfallen, daraus einen Beweis für die gegen den V. S. K. in der «Roten Revue» erhobenen Argumente abzuleiten, so müssten wir doch daran erinnern, dass sogar gutdisziplinierte Parteien nicht immer imstande sind, ihre Parteischaren nach Wunsch an die Urne zu bringen.

Die Erfahrungstatsachen werden auch in dieser Hinsicht massgebend sein; sie anerkennend, muss die schweizerische Konsumvereinsbewegung bei ihren ureigenen Aufgaben bleiben, denn nur dadurch kann sie der Konsumentenschaft nützliche Dienste leisten. Die Volkswirtschaft ist eine viel kompliziertere Sache, als es scheinen möchte, wenn man in den Zeitungen liest, wie vielleicht schon auf einer halben Spalte für schwierige Fragen die Lösung gefunden wird — leider aber nur auf dem Papier. Es ist schade, dass nicht in jeder Partei einige Wirtschaftskenner die Erlaubnis und sogar den Auftrag erhalten, über volkswirtschaftliche Fragen streng nach ihrer Erkenntnis Aufklärung zu geben, auch wenn es nicht gerade in die Parteischablone passen würde. Vermutlich liesse sich dadurch allerlei Schädliches vermeiden. Aber was will man da reden, wenn schon eine Ansicht, die in einzelnen unserer Pressorgane über Mieterschutz geäussert wurde, einem wahren Verdammungsgeschrei rufen konnte? Im gleichen Hefte der «Roten Revue», wo über die Konsumvereinsbewegung abgeurteilt wird, lesen wir den Satz: «Die Exportindustrie kann also nur lebensfähig bleiben, wenn die Lebenskosten in der Schweiz nicht wesentlich höher stehen als in den Konkurrenzländern.» Das ist fast etwas bedeutsamer als jene mit so grosser Entrüstung aufgenommene, übrigens gar nicht scharfe Meinung über den Mieterschutz, heisst es doch ins Praktische übersetzt: Wenn die Lebenskosten herabgesetzt werden, so kann die Industrie — doch wohl mit herabgesetzten Löhnen — billiger produzieren. Solches darf in der «Roten Revue» nur in einem Artikel über Zollpolitik gesagt werden, aber in der Aeusserung liegt doch das indirekte Eingeständnis, dass schliesslich auch die Zollpolitik ihre zwei Seiten hat und es auch nicht notwendig wäre, den Verband schweiz. Konsumvereine kapitalistischer Tendenzen zu beschuldigen, wenn die Auffassungen über die Zölle in seiner Mitgliedschaft divergieren und es ihm deswegen nicht so leicht möglich ist, bei bezüglichen Aktionen politischer Parteien mitzugehen.

Wenn mehr sachliches Denken und demgemäss gerechteres Urteilen über volkswirtschaftliche Fragen von Bedeutung vorhanden wäre, so müsste es ausgeschlossen sein,, dass immer wieder behauptet würde, im Verbande schweiz. Konsumvereine werde eine den Konsumenten schädliche Politik den Herren Schulthess und Laur zuliebe getrieben. Namentlich muss Herr Jæggi für diesen Vorwurf herhalten, obwohl seine im Dienste der Genossenschaftsbewegung geleistete Arbeit bedeutend genug ist, um die Albernheit — wenn es nicht noch etwas Schlimmeres ist — solcher Behauptungen darzutun. Von gleichem moralischem Werte sind die Aeusserungen, die immer wieder den Eindruck erwecken wollen, im Verband schweiz. Konsumvereine fehle es an Verständnis für die sozialen Bedürfnisse des Personals der Konsumvereine, wo doch vorbildliche, kaum zu übertreffende Einrichtungen für die Personalfürsorge hier entstanden sind. Man sollte eben von Gewerkschaftsseite darauf verzichten können, in der Frage des Landestarifs eine Forderung (den Organisationszwang) zur conditio sine qua non zu machen, die höchstens in einer kleinen Zahl von Verbandsvereinen Berücksichtigung finden kann, ohne dass schwere Komplikationen entstehen. Herr Heeb hat, wie aus dem ersten Teil unserer Entgegnung bekannt ist, den Zentralverband deutscher Konsumvereine als Vorbild einer klassenbewussten Konsumvereinsrichtung hingestellt. In seinen «ketzerischen Gedanken» zitiert er den sächsischen Genossen Hermann Fleissner, der

es tadelt, dass die Konsumvereine «bei jeder Gelegenheit ostentativ von der Sozialdemokratie abrükken». Dieser Tadel zielt nicht zuletzt auf die Tatsache hin, dass man eben auch in dem von Sozialdemokraten geleiteten Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht alle Gewerkschaftsforderungen erfüllen kann.

Besonders heftige Klagen werden in der «Roten Revue» gegen das bürgerliche Element in den Konsumvereinen laut, wo es doch «fast allenthalben Proletarier waren, die sie ins Leben gerufen haben». Blättere man in der Geschichte der Konsumvereine nach, so ergebe sich diese Wahrheit. Wir sind sicher, dass Herr Heeb, wenn er den Gründungsvorgängen gründlich nachforschen würde, seine Ansicht etwas revidieren müsste. Es liegt wahrscheinlich mehr Berechtigung vor, zu sagen, dass die grösste Zahl der Konsumvereine in der Schweiz gar nicht oder doch erst wesentlich später gegründet worden wäre, wenn nicht Bürgerliche in ausschlaggebender Weise an der Gründung teilgenommen hätten, vielleicht sogar die einzigen Gründer waren. Doch wozu einen so müssigen Streit führen? Wir, die wir die Konsumvereinsbewegung im Interesse einer grösseren Kraft und eines massgebenderen, ja d e s massgebenden Einflusses in Warenvermittlung und Warenerzeugung, sehen möchten, wünschen aufs lebhafteste, dass noch recht viele Arbeiter oder Sozialisten und ebenso noch recht viele Bürgerliche in unsere Verbandsvereine kommen. Das bürgerliche Element in den Konsumvereinen ist meistens nicht so schwach an Zahl und so arm an Genossenschaftsgeist, wie Herr Heeb es darstellt.

In ersterer Hinsicht brauchen wir ja nur auf den grössten unserer Verbandsvereine hinzuweisen. Der A. C. V. beider Basel hat im Stadtgebiet etwa 35,000

Mitglieder; der Arbeiterbund und die sozialdemokratische Partei mitsamt den Kommunisten weisen an Mitgliedern noch nicht die Hälfte dieser Zahl auf, so dass doch ein grosser Teil der A. C. V.-Mitglieder nicht in der sozialistischen Arbeiterbewegung steht. Im Lebensmittelverein Zürich ist die bürgerliche Mitgliedschaft jedenfalls auch keine quantité négligeable, sonst hätte sie bei den Wahlen nicht eine beträchtliche Mehrheit über die Sozialdemokraten und Kommunisten erreichen können. Zieht man die ganze Schweiz in Betracht, so sieht man, dass die sozialistische Arbeiterbewegung, selbst wenn alle ihre Mitglieder auch Mitglieder von Konsumvereinen wären, was aber nicht der Fall ist, noch nicht die Hältfe aller Konsumvereinsmitglieder in der Schweiz stellen kann. Angesichts solcher Verhältnisse wird es schon das beste sein, wenn die verschiedenen Richtungen der Mitglieder der Konsumvereine sich respektieren und dadurch auch der Sache nützen. Glücklicherweise darf man doch den Eindruck haben, dass die sozialistischen und bürgerlichen Behördenmitglieder in den Konsumvereinen meistens einträchtig zusammen arbeiten. Dieses erspriessliche Verhältnis stören wollen, heisst die Absicht haben, der Konsumvereinsbewegung schweren Schaden zuzufügen. Jedenfalls muss im Verbande schweiz. Konsumvereine jedes Ansinnen, das, wenn es erfüllt würde, solche Störungen im Gefolge hätte, des allerbestimmtesten zurückgewiesen werden, unbekümmert um die schlechten Noten, die deswegen der Verbandsleitung und den Verbandsbehörden zuteil werden.

Herr Heeb spricht den Bürgerlichen ein grösseres Mass von Genossenschaftlichkeit ab und führt zum Beweise die Aeusserung eines bürgerlichen Genossenschafters an, wie er auch behauptet, dass die bürgerlichen Leitungen der Konsumvereine «mancherorts zu dem kapitalistischen Klein- und Grosshandel in einem Freundschaftsverhältnis stehen». Derart allgemein gehaltene Anschuldigungen werden kaum tieferen Eindruck erzeugen können. Im Eifer des Anklagens widerspricht sich Herr Heeb in diesem Punkt selbst. Da schreibt er an einer Stelle:

«Das Merkmal aller bürgerlichen Genossenschaftspolitik ist, dass sie den Aufgabenkreis der Konsumvereine nicht eng genug begrenzen kann...»

An einer andern Stelle, wo er den Klassencharakter der Konsumvereine beweisen will, schreibt Herr Heeb:

«Wer in das Getriebe einer von Bürgerlichen geführten Genossenschaft hineinzublicken in die Lage ist, die sich mehr und mehr auf den Verschleiss von Luxusartikeln bei den Besitzenden und eine dementsprechende Schaufensterreklame kapriziert, wird diese Behauptung (Bestreitung des Klassencharakters von Seite der Bürgerlichen D. V.) am wenigsten gelten lassen.»

Also zuerst die Behauptung, die Bürgerlichen können den Aufgabenkreis der Konsumvereine nicht eng genug begrenzen, dann aber der Tadel, dass sie sogar Luxusartikel vermitteln. Letzterer Vorwurf heisst doch wohl, dass die Bürgerlichen dem privaten Handel eigentlich mehr als sie es nach Meinung des Herrn Heeb tun sollten, Konkurrenz machen. Mit den verpönten Luxusartikeln in den Konsumvereinen hat es jedenfalls keine so schreckliche Bewandtnis, wie ein Schlagwort es glauben machen will. Dass die Konsumvereine in grossen Ortschaften, namentlich in Städten, in dieser Hinsicht mit den privaten Haushaltungsartikelgeschäften einigermassen auf der Höhe bleiben wollen, gehört nicht zu den Kaprizen, sondern zu den Selbstverständlichkeiten, gleichviel ob eine sozialistische oder eine bürgerliche Leitung vorhanden ist. In dieser Hinsicht wären Beanstandungen nur am Platze, wenn die gebräuchlichen Lebensmittel nicht vermittelt würden, was sich aber kaum von einem Konsumverein sagen lässt.

Von psychologischem und grundsätzlichem Interesse ist die Belehrung, die Herr Heeb in der «Roten Revue» den Kommunisten erteilt:

«Soweit die Genossenschaften als wirtschaftliche Kampforganisationen ihre Pflicht erfüllen, sind sie keineswegs Organe des Klassenkampfes, sie führen vielmehr lediglich einen *wirtschaftlichen Interessenkampf*. Die Konsumgenossenschaften sind also wohl sehr brauchbare Hilfsmittel im Klassenkampfe der Arbeiter, nicht aber der Klassenkampf selbst. Da der Klassenkampf in seinem vollen Umfange ein politischer ist, sind die Konsumvereine als politische Organisationen nicht brauchbar. Weder sie noch die Partei haben ein Interesse daran. Aus diesem Grunde müssen wir Sozialdemokraten auch die Mittel und Methoden ablehnen, die die *Kommunisten* zur Durchsetzung ihrer Auffassungen anwenden. Sie ignorieren die tatsächlichen Verhältnisse in der Genossenschaftsbewegung und stellen dieser Aufgaben, die völlig illusionär, ja für die Genossenschaften verderblich sind. Durch ihre hirnwütige Methode zur «Revolutionierung der Genossenschaften» stärken sie überall gerade die Kräfte, die einer wirklich sozialen und fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehen, schwächen jene, die seit langem für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Genossenschaften wirken.»

Ja, für die gedeihliche Entwicklung der Genossenschaften wirken — das will der Verband schweiz. Konsumvereine, und weil es ihm damit ernst ist, weil davon sein eigenes Gedeihen oder Verkümmern, ja sogar sein eigenes Sein oder Nichtsein abhängt, wünscht er die konsumgenossenschaftliche Betätigung aller Bevölkerungskreise bei gleichem Ansehen und bei gleichen Rechten. Es könnte nicht von Gutem sein, wenn die Begriffe sozialistisch und bürgerlich in den Genossenschaften so in den Vordergrund gerückt würden, dass zwischen Genossenschaftern und Genossenschaftern ein Problem entstände, das die Kräfte schwächen müsste, die für die Lösung der in der Bewegung enthaltenen ureigenen Probleme immer noch der Stärkung bedürfen. Wir sind sicher, dass auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung viele nichts anderes wollen als wir, und demgemäss dürfen wir auf ein ferneres gedeihliches Zusammenarbeiten aller an der Konsumvereinsbewegung Beteiligten hoffen. Erfüllt sich diese Hoffnung, so wird auch der sozialistischen Arbeiterbewegung indirekter Nutzen daraus erwachsen.

Die Idee des Klassenkampfes.

II.

In der Diskussion zu Sombarts Referat nahm auch Prof. Dr. W. Mitscherlich-Breslau das Wort. Er erklärte im grossen und ganzen auf dem Boden Sombarts zu stehen und lediglich zu beabsichtigen, die Ausführungen Sombarts von einem andern Gesichtspunkte aus zu ergänzen.

Worauf es mir ankommt — so führte der Redner aus — ist, die Voraussetzungen festzustellen, die für ein Aufkommen der Klassenkampfidee als massenbeherrschenden Gedanken gegeben sein müssen. Das selbstverständliche Gegenstück ist die Frage: Sind diese Voraussetzungen noch im 20. Jahrhundert vorhanden oder nicht? Muss die Frage verneint werden, so ergibt sich als Folge ein langsames Versiegen der Quellen, die den Klassenkampfgedanken gespeist haben. Er muss als massenbeherrschende Idee absterben. Ich werde also im Hinblick auf die Kürze der Zeit schlagwortartig zuerst sprechen von den Voraussetzungen des Klassenkampfes, und werde dann die Frage aufwerfen, ob diese Voraussetzungen für die Gegenwart noch gelten, und als letztes zu der

ausserordentlich wichtigen Frage übergehen, die von Herrn Sombart nur angeschnitten worden ist: nämlich, welche Ideen auftauchen, um die Klassenkampfidee zu beseitigen.

Wir wenden uns zuerst den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen des Klassenkampfes zu. Sie sind uns allen bekannt. Deshalb nur kurze Hinweise. Im 19. Jahrhundert herrscht die Einzelwirtschaft, die Individualwirtschaft. In ihr gilt der freie Wettbewerb. Die Folgen hiervon: Diejenigen, die in diesem Kampf wohl ausgerüstet sind — sei es mit Machtmitteln wirtschaftlicher Natur, Kapital, Grund und Boden oder mit geistigen Fähigkeiten, mit Willenskraft und Zähigkeit —, sind in noch nie dagewesener Weise in der Lage, die im Wirtschaftsleben weniger gut ausgerüsteten Menschen auszubeuten. Das musste schliesslich eine starke soziale Spannung herbeiführen. Diese erzeugte mit anderen Faktoren die Möglichkeiten der Ausdehnung des Klassenkampfes.

Als weitere ökonomische und soziale Erscheinungen, die nach dieser Richtung hin wirkten, sind die Konzentration des Kapitals, der Arbeit und vor allen Dingen der Arbeitermassen mit ihrem proletarischen Charakter zu nennen. Dazu kommt noch ein Moment, das ich als Ueberrumpelung der unteren Schichten bezeichnen möchte. Diese wurde durch die ungeheure wirtschaftliche und soziale Revolution hervorgerufen, die im 19. Jahrhundert stattgefunden hat. Auf diese Umwälzung waren die unteren Schichten in keiner Weise vorbereitet. Sie sahen sich ihr ziemlich wehrlos gegenüber. Das erhöhte die Not, vergrösserte die Spannung. Weiter mache ich auf die Ausbildung des Verkehrswesens, des Nachrichtendienstes und des Zeitungswesens aufmerksam. Diese letzteren Faktoren ermöglichten erst ein Aufrütteln der Massen, ermöglichten erst die Aufnahme und Verbreitung des Klassenkampfes.

Als Voraussetzungen geistiger Natur schicke ich etwas ganz Allgemeines voraus, nämlich die allgemeine Schulpflicht mit ihrer Bildung der Massen. Damit war ein empfänglicher Boden geschaffen. Die Massen konnten täglich von dem Gedanken des Klassenkampfes erregt werden; er konnte sich tief in die Seelen der Proletarier eingraben.

Im Mittelpunkt der geistigen Voraussetzungen steht aber der Individualismus. Die geistige Kultur des 19. Jahrhunderts ist fast rein individualistisch. Dieser Individualismus zeigt sich einmal in einer groben Form als Recht des Einzelnen auf Freiheit in der Gestaltung seines Lebens und seines Handelns, als Recht des Auslebens seiner Kräfte. Das schuf bei den Unternehmern ausbeuterische Gesinnung, die zu einer nicht minder kräftigen Gegenwehr der unteren Schichten führen musste, und zwar zur Verkündigung und zum Glauben an die Berechtigung des Klassenkampfes.

Dann wäre auf die feinere Form des Individualismus hinzuweisen. Die feinere Form des Individualismus findet sich in der Proklamierung des Rechtes des Einzelnen auf Eigenart. Diese Form des Individualismus ist für unsere Gedankengänge bedeutungslos. Wichtiger wird der Hinweis, dass der Individualismus sich in zwei Strömungen zur Geltung bringt, und zwar in einer idealistischen und einer materialistischen. Der letzteren fielen die unteren Schichten anheim. Die nackte Not, das Elend war die Ursache. Aus dieser Not wollte man heraus. Die Idee des Klassenkampfes sollte das Mittel dazu bieten. Darüber vergass man die organische Natur der Volksgemeinschaft und glaubte, die Menschheit als Einheit auffassend, soziale Querschnitte durch sie vornehmen zu können. So gab man sich dem Gedanken hin: ein einziger Gegensatz bestände in der Menschheit, der Gegensatz zwischen der sozialen Schicht der Proletarier und der Nichtproletarier. Der Klassenkampf fände nur dann ein Ende, wenn die Nichtproletarier aus dem Leben der Völker verschwinden würden. Also: durch Klassenkampf zur Freiheit!

Für die Idee des Klassenkampfes ist ausser dem Individualismus noch eine andere geistige Strömung von starkem Einfluss gewesen: der Evolutionismus. Der Evolutionismus gelangte im 19. Jahrhundert zur Vorherrschaft, sich gründend auf Gedankengänge von Hegel und Darwin. Darwins Aufstellungen haben dazu geführt, dass ganz besonders der Gedanke des Kampfes ums Dasein in die unteren Schichten gelangte. Der Evolutionismus war besonders verlockend, weil er den Gedanken einer fortschreitenden höheren Entwicklung des menschlichen Geschlechtes vertrat. Er wurde zu einem Glauben für die unteren Schichten, und dieser Glaube hat sie gestärkt. Das Mittel, um diese Höherentwicklung zu verwirklichen, sah man im Klassenkampf.

Nun noch einen sozialethischen Gesichtspunkt: Sozialethische Voraussetzung für die Behauptung der Idee des Klassenkampfes ist die Anerkennung des Egoismus als Wirtschaftsgesinnung. Die Anerkennung dieses ethischen Grundsatzes hat ganz besonders die soziale Spannung zwischen den handarbeitenden und den übrigen sozialen Schichten verursacht. Darüber braucht kein weiteres Wort verloren zu werden. Die materialistische Lebensauffassung hat auch in den unteren Schichten einen hohen Grad seelischer Verarmung, teilweise sogar seelischer Verödung zur Folge gehabt.

Das wären in aller Kürze die Voraussetzungen, die für ein Aufkommen der Idee des Klassenkampfes in Betracht kamen und ihm gestatteten, zu einer die Massen beherrschenden Idee zu werden.

(Schluss folgt.)

Fremde Genossenschafter in Basel.

Im Verlaufe der letzten Wochen fanden sich im Verband schweiz. Konsumvereine häufig fremde Besucher ein, vor allem solche britischer Nationalität, die, wie wir glauben annehmen zu dürfen, von unseren genossenschaftlichen Einrichtungen, wie auch von unserer alten Rheinstadt die besten Eindrücke mit fortnahmen. Am 12. Juli erschien eine Gruppe von 25 Personen, Männlein und Weiblein, die einen Teil ihrer Ferien hier in Basel und eine weitere Woche in Freiburg in Baden verbrachte. Die Exkursion war vom Erziehungsdepartement des Konsumvereins in Woolwich bei London organisiert worden und die Leitung lag in den Händen des Herrn Owen Chalkley, eines Mitgliedes dieser Behörde. Gleichzeitig mit dieser Besuchergruppe traf die erste Abteilung einer anderen Gesellschaft ein, die unter den Auspizien der Workers Travel Association reiste und im Ganzen vier Partien von je 15 bis 20 Personen umfasste. Wir glauben nicht fehl zu gehen in der Meinung, dass es auch diesen Leuten in Basel und auf Schweizerboden nicht übel gefallen hat. Das letzte Trüpplein dieser Reisenden wird übrigens erst in nächster Zeit eintreffen.

Im Zusammenhang damit mag erwähnt werden, dass inzwischen auch die schon vor längerer Zeit

geplante Reise schweizerischer Genossenschafter nach England stattfand und einen erfreulich guten Verlauf nahm. Die 16 Köpfe starke, von Herrn Ulrich Meyer geführte Gruppe stiess bis nach Manchester vor und hatte die Genugtuung, überall wo sie mit britischen Genossenschaftsfreunden zusammentraf, aufs beste empfangen zu werden.

Der Vollständigkeit halber sei noch des Besuches einiger finnländischer Genossenschafter in Basel gedacht. Vier Abteilungsvorsteher des älteren Genossenschaftsverbandes, des Suomen Osuuskauppoyen Keskuskunta berührten auf einer Studienreise durch Schweden, Dänemark und Deutschland auch die Schweiz und informierten sich eingehend über Tätigkeit und Organisation unsers Verbandes.

Frauenarbeit in der Genossenschaft.

Aus dem im Verein schweiz. Konsumverwalter gehaltenen Referat von Frau *Lina Hauser* in Zürich.

In der Genossenschaft haben wir zwei Hauptgrundsätze zu verfolgen: das Geschäftsprinzip und das Prinzip des sozialen Gedankens, auf welche die Bewegung aufgebaut ist. Die beiden Prinzipe stehen sich oft keck gegenüber und es ist recht schwer, sie zu vereinigen. Das Geschäftsprinzip erfordert eine offene, kluge, sehr weit gehende Propaganda, oder, besser ausgedrückt, eine Reklame, die sich in allen Bevölkerungskreisen Eingang verschafft. Sie soll wirkungsvoll, leicht verständlich und dem Auge gefällig sein. Damit sie fortgesetzt Interesse erweckt, ist zweckmässige Abwechslung geboten. Die Menschen sind vergesslich und gleichgültig, oft auch sehr undankbar, deshalb müssen sie durch Anpreisung der Waren immer wieder aufgerüttelt werden. Aus diesem Grunde kommt auch eine Genossenschaft, so bedauerlich das für uns sein mag, nicht darum herum, für Reklamezwecke Geldaufwendungen zu machen.

Unsere Genossenschaften und die ihnen angegliederten Betriebe müssen, um mit Erfolg wirken zu können, einen Mindestumsatz erzielen; bleiben wir darunter, dann kommen unsere Produkte zu teuer zu stehen; das vermag dann zu bewirken, dass unsere Mitglieder oder unsere Kunden uns den Rücken kehren. Wir müssen also in der Genossenschaft notgedrungen zur Reklame greifen, in der wir auf unsere Verkaufsstellen oder Produktivbetriebe oder speziell günstige Angebote aufmerksam machen. Die Genossenschaftsreklame darf aber nicht marktschreierisch sein, wie etwa die Reklame eines Warenhauses, sie muss jede Aufdringlichkeit vermeiden, aber den Eindruck zu erwecken vermögen, dass es sich bei uns um ein reelles Angebot handelt.

In der Genossenschaft ist es leider noch nicht damit getan, neue Mitglieder zu werben, es muss auch für die Erzielung eines angemessenen Umsatzes gesorgt werden. Die Konkurrenz wird für die Genossenschaften immer grösser und aufdringlicher. Je mehr dies der Fall ist, desto mehr müssen wir durch Reklame dafür sorgen, dass sich unsere Warenbezüger nicht verlaufen. Von der absoluten Notwendigkeit der Reklame, speziell in der Stadt und in grössern Dörfern sind alle diejenigen überzeugt, die die bittern Erfahrungen mit der Genossenschaftstreue der Mitglieder schon gemacht haben.

Von den Verwaltern und Behördemitgliedern fordert man am Ende des Jahres einen äusserst günstigen Rechnungsabschluss, damit die Genossenschaft die obligatorischen Abschreibungen bewerkstelligen und durch hohe Rückvergütung den weitern Warenbezug anregen kann. Bei einem Resultat, das dafür unzureichend ist, hebt ein lautes Kritisieren an; Kritik ist eben eine leichte Sache und jeder Mensch, auch wenn er für Geschäftsaufgaben gar kein Verständnis hat, fühlt sich sofort berufen, ins Blaue hinein zu kritisieren, aber er denkt nicht daran, dass er selbst an dem schlechten Ergebnis mitschuldig ist, weil er bei der Genossenschaft nur Teilkäufer war. Durch beständige Reklame muss da versucht werden, zum Warenbezug bei der Genossenschaft anzuregen. In kleineren Orten und wo alles bekannt und verwandt ist, ist die Geschäftsreklame vielleicht entbehrlich; in Städten und grösseren Dörfern aber, wo die Konkurrenten sich im Reklamemachen zu übertrumpfen suchen, ist eine laue Reklame ungenügend.

In allen Klassen, in allen Organisationen findet sich fast immer eine bestimmte Zahl jener eigentümlichen Menschen, die unter dem Stern der Zwietracht geboren zu sein scheinen; ihr Benehmen zeigt Misstrauen, Widerspruch und sogar Hass. Diese Leute sind nie liebenswürdig, nie zufrieden, ihre Stacheln sind stets zum verwunden bereit, ihr Gesicht ist getrübt, so dass sie alles verkehrt sehen. Diese Leute wissen auch ganz genau, dass jedes Wort zweierlei Bedeutung haben kann; sie verscheuchen absichtlich die gute Meinung und stellen das Schlechte in den Vordergrund. Solche Leute verursachen den Mitgliedern einer Genossenschaft fortgesetzt Enttäuschungen, so dass es ihnen mit der Zeit schwer fällt, in dieser Gemeinschaft zu verbleiben und bei deren Bestrebungen mitzumachen. Diese Störenfriede glauben, dass das Wort Genossenschaft mit organisierter Aufreizung gleichbedeutend ist. Es wird dann das Möglichste geleistet, um Schaden anzurichten. Wenn sich da auch vieles Unzutreffende und Unwahre von selber erledigt, so ist es doch geboten, dass die Genossenschaft Mittel und Wege schafft, um die durch Irreführung und Verhetzung unzufrieden gewordene Mitglieder erreichen und aufklären zu können. Ohne solche Fühlungnahme würden in der heutigen schwierigen Zeit nach und nach ganze Strassenzüge unseren Genossenschaftsläden fern bleiben, ohne dass die Leitung den Grund kennen könnte. Da ist eine Aussprache von Mensch zu Mensch unbedingt notwendig. Dafür hat die Frau jedenfalls die beste Eignung. Die Aufgabe einer solchermassen tätigen Vermittlerin ist keine leichte. Sie muss rasche Auffassung haben, über grosse Menschenkenntnis verfügen, hat sicher aufzutreten, etwas Selbstbewusstsein in sich zu tragen; sie darf nicht empfindlich sein, Ausdauer und Geduld dürfen ihr nicht fehlen. Feinfühligkeit, Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit müssen bewirken, dass man in ihr die sozial denkende Menschenfreundin zu erblicken vermag. Eine Propagandistin sollte auch vielseitig gebildet, in Kunst, Musik, Literatur bewandert sein und Sprachenkenntnisse besitzen. Sie sollte eine gute Hausfrau sein, in der Hauswirtschaft gut Bescheid wissen und Warenkenntnisse haben. Die Kinder soll sie lieben und sogar mit den ausgelassensten Buben verkehren können. Den vielen Leiden und Freuden in der Familie muss sie Verständnis entgegenbringen, vielleicht auch mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Neben all diesen Eigenschaften ist es aber absolut nötig, Geschäftskenntnisse zu besitzen und genau zu wissen, was sich mit den Verhältnissen der Genossenschaft vereinigen lässt. Nur die Frau, die

Menschenfreundin ist, kann für die Hauspropaganda in Frage kommen; aber auch da müssen wir gut wählen, denn nicht jede Frau eignet sich für diese Arbeit, die mit Liebe und Verständnis geleistet werden muss, wenn sie nicht mehr Schaden als Nutzen bringen soll. Die Aufgabe dieser genossenschaftlichen Vertrauensperson ist mit viel Mühe verbunden; teilweise begegnet man grossen Unannehmlichkeiten, die sich nur durch das soziale Empfinden, das man besitzen muss, ertragen lassen. Manch armem, bedrängtem Herzen kann man Sonnenschein bringen in sein düsteres Stübchen. Man hat in den höchsten und niedrigsten Kreisen zu verkehren. Elegante Salons werden geöffnet, aber auch in muffigsten Stuben wird ein Stuhl angeboten. Wenn man die Frage stellt, wohin die Propagandistin lieber gehe, so lautet die Antwort: Jede Stube ist gleich wert, wenn sie «lieb» ist. Der Erfolg der genossenschaftlichen Hauspropaganda ist, wenn sie mit Verständnis durchgeführt wird, ein grosser. Mit der Zeit darf man nicht kargen, denn, wie bereits angedeutet, hat man sich richtig zu orientieren, was für Liebhabereien in der Familie gepflegt werden. Fühlt man dies heraus und geht man geschickt auf dieses Gebiet ein, so entsteht Wärme zwischen dem Konsument resp. der Konsumentin und der Propagandistin und die Angelegenheit lässt sich leichter und zur Zufriedenheit regulieren. Oft kostet es Mühe, mit den Leuten in Verbindung zu kommen, denn viele Türen möchten gerne verschlossen bleiben.

Reklamationen, die die Gesamtbewegung betreffen, sollen natürlich raschestens an die Geschäftsleitung, an die Verwaltung weiter gegeben werden, damit diese durch Zirkulare oder durch Darlegung in den verschiedenen Organen die Erledigung in weitesten Kreisen erreichen. Reklamationen auf Waren aller Art sollen nur dann weiter geleitet werden, wenn man selbst von der Berechtigung überzeugt ist; es ist von Vorteil, wenn man dem Einkäufer ein Muster der beanstandeten Ware übergeben kann. Wir wissen ja, nicht überall ist der Verwalter oder die Verwaltung zugänglich für Reklamationen. Ausreden und Ausflüchte werden eben auch da gesucht. Besteht bei den Reklamierenden nur die Absicht, für den Rücktritt eine Ausrede zu finden, hat die Propagandistin die Aufgabe, ihre Redekunst anzuwenden, um die Unzufriedenen umzustimmen, sonst aber soll sie die Verwaltung nicht mit solchen Fällen belästigen. Du lieber Gott, wenn man allen Anforderungen gerecht werden sollte, müsste jedes Geschäft den Wareneinkauf stark vermehren, dazu auch das Personal verdoppeln und ein Konsumverwalter könnte mit einem Kopfe sicher nicht auskommen. — Reklamationen, die direkt an die Geschäftsleitungen gehen, sei es wegen später Belieferung mit Waren, Holz, Kohlen etc., oder wegen unfreundlicher Bedienung in Bureau oder Verkaufladen, erfordern, dass man mit der Kundschaft in Verbindung tritt, doch lehrt auch da die Erfahrung, dass man nicht allzu eilig sein soll; wahrscheinlich hat sich das Reklamationsteufelchen nach ein paar ruhigen Schlafnächten hinter die Kulisse verzogen und eine Verständigung ist dann viel leichter zu erzielen.

Die Rücktrittsgesuche sind etwas anders zu behandeln. Es ist ganz interessant, wie verschieden die Menschen veranlagt sind; an ihnen lassen sich allerlei Studien machen und es wäre gut, man wäre geborner Psychologe. Eine Norm gibt es da nicht, sondern man hat von Fall zu Fall festzustellen, in welchem Loch die Maus sitzt. In den meisten Fällen öffnet man freundlich die Tür und freut sich, dass die Genossenschaft so grosses Interesse für das Mitglied an den Tag legt. Andernorts kommt die Frau schnurrig, mit essigsaurem Gesicht, schimpft bei halbgeöffneter Türe und betont aufgeregt das Recht, über ihr Geld nach eigenem Gutfinden zu verfügen. Wohl gibt es Arbeit, bis dieser Frau beizukommen ist, aber da heisst es, den Mut nicht verlieren, Ruhe bewahren, Geduld zeigen, dann geht man gewöhnlich doch als versöhnte Genossenschafterinnen auseinander. Am angenehmsten ist es da, wo Frau und Mann zusammen anzutreffen sind; ist die Familienharmonie da, fühlt sich die Propagandistin vor einer angenehmeren Aufgabe. Die meisten Leute begründen den Austritt mit dem «Wegzug». Von den Abgemeldeten reisen aber die wenigsten fort, die meisten kann man nach drei, vier Jahren noch am gleichen Orte aufsuchen. Es wird halt im kleinen wie im grossen geschwindelt, auch gegenüber der Genossenschaft. In der heutigen Zeit spielt die Geldfrage eine grosse Rolle. Da und dort sind Krankheiten eingezogen; wohl können die täglichen Ausgaben noch bestritten werden, aber für den Arzt, die Medikamente (die enorm teuer sind), kann man kein Geld mehr aufbringen. Anderorts ist die Mietzinserhöhung gekommen, oder die Arbeitslosigkeit da. Beruhen solche Angaben auf Tatsachen und sind die Leute der Genossenschaft anhänglich, so ist die Auszahlung der in Aussicht stehenden Rückvergütung bis auf einige Franken zu befürworten. Da muss die Genossenschaft das soziale Verständnis und den Edelsinn walten lassen.

Wichtig ist das Verhältnis zwischen Ablagehalterinnen und Kundschaft, dem die Propagandistin alle Aufmerksamkeit schenken muss. Ueberall trachtet man darnach, nur sehr tüchtige, gewissenhafte Verkäuferinnen anzustellen, jedoch gelingt das nicht immer und mit Ausnahmen muss man, je grösser der Filialenkreis ist, natürlich auch rechnen. Trotz guten Verkäuferinnen treffen Reklamationen ein. Diese Fälle müssen besonders aufmerksam und loyal untersucht werden; man ist dies dem Personal schuldig, stellt doch die Kundschaft oft schwer erfüllbare Anforderungen, wie ihr Verhalten manchmal auch unberechenbar ist. In solchen Fällen darf ruhig mit drei, vier Gängen gerechnet werden, denn es muss wieder klappen, und dies ist für gewöhnlich nicht mit einem Besuche zu erreichen. Im grossen und ganzen sind es meistens kleine, nichtssagende Fälle, über die eine kluge, etwas grosszügig veranlagte Frau ruhig hinwegkommen könnte. Es ist ja wahr, dass die Verkäuferin da oder dort freundlicher, zuvorkommender und gewissenhafter sein dürfte, aber wir alle, Personal und Kundschaft, sind eben Menschen. Die Propagandistin soll versuchen, die Unstimmigkeiten von sich aus zu ordnen, und wenn die Kundschaft überzeugt werden kann, dass kein böser Wille im Spiele war und wenn sie sich damit zufrieden gibt, so ist es nicht nötig, den Zwischenfall der Geschäftsleitung zu melden, sondern nur dann, wenn die Verkäuferin eine Rüge verdient.

Eine Ablagehalterin hat es oftmals sehr schwer mit den Büchlikunden. Die meisten Kunden begleichen ihre Ausstände pünktlich am Zahltag, andere wieder tun dies ein- oder zweimal, dann lassen sie aber einen Monat aus und später kommen sie überhaupt nicht mehr nach. Fordert die Verkäuferin die Bezahlung oder eine Anzahlung, so ist dies für den säumigen Zahler schon zu viel. Von dem Moment an schimpft man über die Genossenschaft und über die Bedienung im Laden. Das Bargeld wird nun anders-

wo hingetragen; man gibt den Austritt und wenn die Vermittlerin kommt, so will man sich damit rein waschen, dass man sagt, die ganze Umgebung sei mit unserer Verkäuferin unzufrieden. Solche Kunden muss man springen lassen, denn da gibt es früher oder später doch Wiederholungen der Konflikte.

Eine Ablagehalterin, auch wenn sie als ganz tüchtige Verkäuferin bekannt ist, muss den Verkehr mit der Kundschaft immer und immer wieder neu studieren. In den vielen Ablagen gibt es immer abweichende Erscheinungen, denen man Rechnung tragen muss. Was in dieser Ablage absolut notwendig ist, muss an einem andern Orte unterlassen werden, und was in diesem Laden verkauft werden kann, ist an einem andern Orte nicht verkäuflich. Eine Verkäuferin hat stetsfort Weiterbildung nötig, sie muss nach eigener Vervollkommnung streben, sie darf sich nicht zu schnell mit sich selbst zufrieden geben. Es ist daher von gutem, wenn sie weiss, dass sie sich an eine Frau wenden darf, die ihre Anliegen und die Ansprüche der Kundschaft kennt und demgemäss den Weg zeigen kann, auf dem man befriedigend über die Schwierigkeiten hinwegzukommen vermag.

Es ist gar leicht der Fall, dass sich die jungen Verkäuferinnen gegenüber der Geschäftsleitung befangen fühlen; die obwaltenden Umstände und persönlichen Veranlagungen lassen eben die Vertraulichkeit in einem grossen Geschäft nicht ohne weiteres aufkommen. So entstehen leicht Misstände, die von grösserem oder kleinerem Uebel sind, teils für die Verkäuferin, teils für die Kundschaft. Das Los einer jungen Verkäuferin ist nicht beneidenswert, verbessert sich aber zusehends, wenn sie versteht, sich anzupassen und den Anforderungen der Kundschaft Rechnung zu tragen; an sich selbst darf sie gar nicht denken.

Eine Propagandistin muss, auch wenn sie eine Sache für aussichtslos hält, sagen: «Versuchen wir's!» Sie darf also vor keiner Unannehmlichkeit zurückschrecken. Will die Frau die Aufgaben, die der Genossenschaftspropagandistin obliegen, gut durchführen, bedarf sie einer grossen Liebe zur Genossenschaft und der liebevollen Rücksichtnahme auf die menschlichen Schwächen, aber daneben muss sie doch eine kleine Draufgängerin sein können. Die Liebe ist in der Welt die einzige Macht, die wirklich sagen kann: Ich bin die Wunderkraft, welche die Bildung und Zivilisation möglich gemacht hat. Die Liebe hat das Menschengeschlecht von der tiefsten Stufe zu seiner jetzigen Entwicklung emporgeführt. Es ist die Liebe, die der Genossenschaftsbewegung den stärksten Impuls gibt.

Erfreulicherweise handelt es sich bei uns nicht lediglich darum, eine materielle Kräftigung herbeizuführen, sondern in unserer Bewegung auch die geistige Durchdringung zu bewirken. Die geistige Richtung geht allerdings aus der materiellen Grundlage hervor. Darum hat die Genossenschaft ihre Bestrebungen sowohl auf das Geschäftsprinzip als auf das Prinzip des sozialen Gedankens gestellt. Die Aufgaben eines Privatgeschäftes, einer Krämerbude oder eines Warenhauses sind viel einfacher als die Aufgaben eines Konsumvereins. Dort haben sie nur nach dem geschäftlichen, dem Gewinnprinzip zu arbeiten. In jeder Genossenschaft hat man allerdings viele Mitglieder, die nur Konsumenten sind. Sie kaufen zwar bei der Genossenschaft, fühlen sich aber seelisch nicht mit ihr verbunden. Diese Leute kennen die Ideale einer Gemeinschaft nicht und wollen sie auch nicht kennen lernen, ihr Verlangen ist, möglichst grosse materielle Vorteile zu erreichen. Oft hört man, dass in der Genossenschaft mehr für das Soziale gearbeitet werde, als dass die materiellen Interessen der Mitglieder berücksichtigt würden.

Nicht überall kann man für das Wesen der Genossenschaft ein Verständnis schaffen. Denkt der Mensch nur an sich, ist er ein eingefleischter Egoist, so hat er schwer, seinen Charakter umzustellen und sich an unserer Genossenschaft anzuschliessen. Da ist die Aufgabe einer Propagandistin sehr undankbar, teils vollständig aussichtslos, aber auch da heisst es wieder: «Versuchen wir's!» Die Konsumgenossenschaft ist unstreitbar ein eminent wichtiges Gebiet für die Frau. Wenn hier die Frau sowohl mit Herz und Geist als Sachkenntnis arbeitet, muss ein wesentlicher Fortschritt sichtbar werden. Margrit Davis, die Organisatorin der Genossenschaftsbewegung unter den englischen Frauen, sagt: «Wenn ihr wollt, dass die Gemeinschaft in jeder Hinsicht vollkommen sei, dann gewinnt den Verstand der Frau für die aktive Teilnahme an der Genossenschaft und ihr Herz für die Propaganda.»

Was man sagt — und wie es ist.

I.

Von der Bedienung.

Was man sagt: Das schnippische Wesen, die Gleichgültigkeit mancher Filialleiterin, das Unvermögen, auf alle Besonderheiten der Kundschaft einzutreten, sind Nachteile der Konsumvereine.

Wie es ist: Durch kleine Freundlichkeiten, liebenswürdiges Entgegenkommen kann der Händler viel gewinnen. Wenn er aber, wie es gar nicht selten vorkommt, glaubt, der Kunde sei seinetwegen da und nicht er für die Kunden, wenn er alle die Fehler, die man gemeinhin den Angestellten der Konsumvereine zuschreibt, selbst besitzt, so darf er sich nicht wundern, wenn es mit seinem Geschäft nicht vorwärts geht. Der Konsumverein kann schliesslich eine gar zu ungeschickte Verkäuferin entlassen und durch eine bessere ersetzen. Wenn aber der selbständige Händler nicht einsieht, dass er auf dem falschen Wege ist, so lässt er sich gewöhnlich auch nicht belehren; er sucht die Schuld seines Niederganges überall, nur nicht bei sich selber. Er schimpft dann gewöhnlich um so lauter auf die Konkurrenz, auf die «allesfressenden» Konsumvereine, so gut wie auf die selbständigen Kollegen. Mit Jammern und Klagen vertreibt man den letzten Rest der Kundschaft.

Dr. *Rud. Böppli*, Metzgersekretär.

Volkswirtschaft

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Der drohende Streik im englischen Kohlenbergbau ist auf Kosten der Steuerzahler vermieden worden. Die Regierung hat sich verpflichtet, bis zum 1. Mai 1926 einen Zuschuss zu den Löhnen zu leisten, soweit die Gewinne der Gruben nicht hinreichen, um die bisherigen Löhne zu bezahlen. Dieser Beschluss könnte sehr weise sein, wenn man die Hoffnung hegen dürfte, dass die Kohlenindustrie bis zum 1. Mai nächsten Jahres über den Berg sein würde. Nach menschlichem Ermessen steht es aber nicht so, dass man bald

eine bedeutende Besserung im Kohlenabsatz erwarten darf. Wenn sich aber Kohlenabsatz und Kohlenpreise nicht bessern, so steht man nächstes Frühjahr auf demselben Fleck wie heute, es sei denn, man wolle von der Entwicklung der öffentlichen Meinung eine entschiedene Wendung zum Bessern erwarten.

In England scheint man vielfach zu glauben, dass die jetzt beschlossene Subventionierung der Kohlenindustrie zur Uebernahme dieser Industrie durch den Staat führen müsse. Man sagt sich, wenn der Staat die Industrie durch Subventionen erhält, dann muss er auch die Verwendung dieser Subventionen kontrollieren und von dieser Kontrolle bis zur tatsächlichen Uebernahme des Eigentums ist es nicht mehr weit, besonders dann nicht, wenn den Bergwerksbesitzern an ihrem unrentabel gewordenen Besitz nicht viel mehr gelegen ist. Darum sprechen es die Arbeiterführer auch offen aus, dass die Gruben bald aufgehört haben werden, Privateigentum zu sein. Eine andere Frage ist freilich, ob der Staat, das heisst die Gesamtheit der Steuerzahler, dabei ein gutes Geschäft macht. Die Kohlenindustrie ist im Niedergang begriffen und eine solche unrentabel gewordene Industrie, aus der nicht mehr viel herauszuholen ist, werden auch manche Kapitalisten ganz gern dem Staate überlassen. Der Staat bietet aber kaum eine Gewähr dafür, die Kohlenindustrie zum Wohle des ganzen Volkes zu leiten, er würde vielleicht noch grössere Schwierigkeiten finden als der Privatbetrieb. Denn die ruinöse Ueberproduktion im Kohlenbergbau rührt eben daher, dass die Kohlenindustrie bereits heute nicht nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wird, dass man vielmehr mit Hilfe der Syndikate eine Menge Betriebe durchschleppt, die mit Verlust arbeiten müssen, wenn die Kohlenpreise nicht ganz aussergewöhnlich hoch sind.

Um die Kohlenindustrie zu sanieren, müssten jene Gruben stillgelegt werden, die wegen ungünstiger Produktionsverhältnisse zu teuer produzieren und es ist kein Zweifel, dass es früher oder später dahin kommen muss. Freilich ist dies eine grosse Härte für die bisher auf diesen Gruben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, denen sowohl durch die Wohnungsnot wie durch den Arbeitsmangel in andern Industrien die Erlangung einer neuen auskömmlichen Berufsarbeit heute mehr erschwert ist denn je. So ist die Lage im englischen Kohlenbergbau heute ungeheuer schwierig. Jeder Versuch, die Krise mit rein wirtschaftlichen Mitteln zu heilen, verschlimmert die politische und soziale Lage, und der Versuch, mit politischen und sozialen Mitteln eine Besserung zu bewirken, drückt notwendig mit erhöhten Steuern schwer auf die Wirtschaft.

Es mag ein Trost für die Engländer sein, dass der deutsche Konkurrent nicht besser dran ist. Bereits schätzt man die unverkauften Kohlenvorräte im Ruhrgebiet auf über 200 Millionen Franken und fast alltäglich werden neue Stillegungen von Gruben und Massenkündigungen von Bergleuten gemeldet. Von dem Verlangen nach Verstaatlichung des Kohlenbergbaus, das in der ersten Zeit der Revolution so laut erhoben wurde, ist es aber in Deutschland ganz still geworden. Man scheint sich heute keine sonderlichen Fortschritte mehr davon zu versprechen. Es ist auch wohl richtig, dass eine produktive Industrie, wie der Kohlenbergbau, in der Leitung durch den Staat nicht in den richtigen Händen ist. Der Staat trägt immer politische Gesichtspunkte in ihre Verwaltung hinein, womit die Industrie nicht bestehen kann. Wenn der Kohlenbergbau sozialisiert werden sollte, so könnte das mit dauerndem Erfolg jedenfalls nur durch eine Organisation der Kohlenkonsumenten geschehen, denn eine Organisation des Kohlenbergbaus, die die Interessen der Konsumenten nicht genügend beachten wollte, müsste auf die Dauer allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen.

Wenn die französische und die belgische Kohlenindustrie nicht mit den gleichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben wie ihre deutsche und englische Konkurrenz, so hängt das offenbar mit der fortschreitenden Entwertung ihrer Währung zusammen, die ihnen immer wieder versteckte Ausfuhrprämien und gleichfalls versteckte Lohnherabsetzungen ermöglicht. Die polnische Kohlenindustrie steckt dagegen, seit die polnische Währung stabilisiert ist, im gleichen Dilemma wie der deutsche und englische Kohlenbergbau. Es ist natürlich kein Zweifel, dass die Krise später auch nach Frankreich und Belgien übergreifen wird, wenn dort einmal der Vorteil der sinkenden Währung nicht mehr vorhanden ist. Es scheint daher, als ob die Industrie den Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht, auf jeden Fall noch nicht überwunden hat.

Die Zolleinnahmen betrugen im Monat Juli Fr. 15,324,232.—, im Juli 1924 Fr. 14,726,846.—, Mehreinnahmen im Juli 1925 Fr. 597,385.—. Vom 1. Januar bis 31. Juli 1925 betrugen die Zolleinnahmen Franken 109,792,505.— vom 1. Januar bis 31. Juli 1924 Franken 107,277,498.—; Mehreinnahmen 1925 Fr. 2,415,006.—.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 11. August 1925.

1. Einer Statutenänderung der S. c. d. c. Bellinzona wird die Genehmigung erteilt.

2. Der Konsumverein in Haldenstein teilt mit, dass er die Gemeindetelephonstation besitze. In dringenden Fällen kann er demnach mit No. 49 angerufen werden.

3. Es wird beschlossen, für unser Lagerhaus in Morges einen 5-Tonne-Lastwagen mit Anhänger anzuschaffen.

Nachtarbeit in den Bäckereien.

Von Herrn F. Buri in Lugano ist an die grösseren Bäckereibetriebe ein Zirkular versandt worden in Bezug auf die Stellungnahme zur Nachtarbeit in den Bäckereien, namentlich darum, weil sich das internationale Arbeitsamt in Genf mit dieser Frage befasst.

Zur Orientierung der in Betracht kommenden Verbandsvereine teilen wir mit, dass wir diese Angelegenheit neuerdings näher verfolgen und in den nächsten 10 Tagen an dieser Stelle wieder berichten werden, wie die Verhältnisse heute liegen.

Wir möchten deshalb die betreffenden Vereine bitten, mit der Beantwortung des Zirkulars von F. Buri noch zuzuwarten, bis unsere nähere Orientierung erfolgt ist.

Vergessen wir nicht die Bedeutung des Erziehungsgedankens, dessen Beachtung die britischen Konsumvereine zu ihren Erfolgen führte. Jeder Genossenschafter hat die Pflicht, das Genossenschaftswesen kennen zu lernen.

H. Kaufmann am Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine, Stettin 1925.

Aus unserer Bewegung

Herisau. Die Frauenkommission veranstaltete in der Bäckerei des A. C. V. Herisau einen Einmachkurs. Die Beteiligung war eine sehr erfreuliche, denn es haben sich 70 Frauen und Töchter aus Herisau und den Filialkreisen der umliegenden Gemeinden Walstatt, Schwellbrunn und Schönengrund eingefunden.

Frau Wiget, früher Kochschullehrerin, hatte als Mitglied der Frauenkommission in uneigennütziger Weise die Leitung übernommen. Es war für sie eine dankbare Aufgabe, ihr langjährig erprobtes Können in den Dienst einer aufmerksamen Genossenschafterinnenschar zu stellen. Die klaren und deutlichen Ausführungen nahmen das volle Interesse der Anwesenden in Anspruch. Es wurde einem sofort klar, dass da ein Thema behandelt werde, das das Fach der Hausfrau aufs engste berührte, denn der Wunsch der Kursleiterin, die Anwesenden möchten auch ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Einmachkunst vorbringen, damit man voneinander lernen könne, wurde verwirklicht.

Die wohlgelungene Veranstaltung hat der Frauenkommission den Weg gezeigt, den sie vornehmlich gehen soll. Wir geben den Frauen Gelegenheit zu einem ernsten Gedankenaustausch über Fragen, an denen sie Interesse finden, also über Haushaltungsfragen, und verbinden damit womöglich das Praktische. Es lassen sich in der Genossenschaft gewiss Frauen finden, die erworbene Kenntnisse auf diesem oder jenem Gebiete ebenfalls in uneigennütziger Weise in den Dienst der Mitmenschen stellen werden.

In grösseren Ortschaften bietet sich wohl sonst Gelegenheit genug zu weiterer Ausbildung. Wenn wir aber unsern Mitgliedern diese Gelegenheit in der Genossenschaft selbst bieten, so fördern wir das Zusammengehörigkeitsgefühl zugleich und wenn wir die Veranstaltung vielleicht noch in den eigenen Betrieb verlegen können, so verbinden wir die Mitglieder bewusst oder unbewusst enger mit der Genossenschaft selbst. *-er.*

Bibliographie

Eingelaufene Schriften.

Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz. Administration 7 Place Paget, Neuenburg. Das 23. Faszikel umfasst die Stichworte Fremdenverkehr bis Gaspare. Wir erwähnen u. a. von berühmten geschichtlichen oder Künstler-Familien die Namen: Freudenberger, Friedli, Froben, Fröbel, Füssli. Interessante Stichworte mit eingehenderen Ausführungen finden wir bei Friedensbestrebungen und Garantieurkunde vom Jahre 1815. Wie gewohnt, schmücken das Heft: Portraits, Wappen, Ortsansichtskarten. Ein fröhliches Bild schmückt den Artikel Fremdenverkehr, das den naiven Versuch darstellt die Rigihöhen mit einer «Rigiluftballon-Bahn» zu erklimmen, ein Plan aus dem Jahre 1863. Eine ganze Reihe farbiger Tafeln zeigen, dass das grandiose Werk unvermindert sich auf künstlerischer und wissenschaftlich ernster Höhe bewegt.

Das Werk kann stetsfort bestellt werden bei der Buchhandlung des V. S. K., Tellstrasse 62, Basel.

Mitteilungen der Redaktion

Korrektur. Im II. Teil des Artikels «Die Rote Revue über die Genossenschaftsbewegung» (Nr. 32) sind aus dem Satze, der in der 32. Zeile der ersten Spalte auf Seite 382 beginnt, einige Worte ausgefallen. Der betreffende Satz soll vollständig lauten: Bis 1913 war die Entwicklung eine ziemlich gleichmässig zunehmende, so dass es genügt, die Ergebnisse in fünfjährigen Intervallen zur Gewinnung eines zutreffenden Entwicklungsbildes anzuführen.

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis V
(Aargau)

Einladung zur Herbstkreis-Konferenz

auf

Sonntag, den 23. August 1925, vormittags 10 Uhr in der Volksküche B. B. C. Baden (Bruggerstrasse).

TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Protokoll der Konferenz von Beinwil.
3. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
4. Traktanden des V. S. K. Referent: Herr B. Jæggi.
   a) Antrag der Konsumgenossenschaft Biel betr. Schaffung eines Solidaritätsfonds für notleidende Verbandsvereine.
   b) Spedition der genossenschaftlichen Volksblätter und Besprechung über Einführung einer event. Sterbeversicherung mit dem «Genossenschaftl. Volksblatt».
5. Allgemeine Umfrage.
6. Wahl des nächsten Konferenzortes.

Anmeldungen für das gemeinsame Mittagessen à Fr. 3.50, welches in der Volksküche B. B. C. eingenommen wird, sind direkt an den Konsumverein Baden zu richten, bis Samstag, den 22. August.

Bestellungen für Kongresskarten zum Besuche der Gewerbeausstellung (Fr. 1.50) können ebenfalls mit gleicher Karte beim vorgenannten Verein bestellt werden (20. August).

Wir erwarten einen zahlreichen Besuch.

Mit genossenschaftlichem Grusse!

Der Kreisvorstand V.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Durch die Demission des bisherigen Inhabers ist beim **Konsumverein Gossau** (St. G.) die Stelle des **Verwalters** neu zu besetzen. Der Umsatz beträgt Fr. 350,000.—. Antritt der Stelle wenn möglich auf 1. Oktober 1925. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften sind bis zum 25. August 1925 an den Präsidenten, Herrn **M. Schöb** in **Gossau** (St. G.) einzureichen.

Angebot.

25jähriger Mann (Abstinent) gesund und kräftig, sucht Stelle als **Magaziner, Spediteur, Camionneur** oder dergleichen. Eintritt 1. Oktober. Betreffender ist ehrlich und solid. Offerten an Alf. Hässig, beim Schlachthaus, Wallenstadt (St. Gallen).

Tüchtiger, selbständiger Bäcker-Konditor, gesetzten Alters, verheiratet, sucht Stelle in eine Konsumbäckerei. Prima Zeugnisse von grossem Konsumverein zu Diensten. Eintritt nach Uebereinkunft. Gefl. Offerten unter Chiffre G. A. 30 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Magaziner sucht auf sofort oder später Stelle in Konsumgenossenschaft. Prima Zeugnisse. Auch in Bureauarbeiten gut bewandert. Offerten unter Chiffre E. W. 163 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Vertraglich gekaufter

Dampf-Backofen

2½fach, Backfläche der beiden untern Backherde je 6 m², ist von bekannter Schweizer Backofenfabrik, infolge Verweigerung der Baubewilligung, mit Einschlag, anderweitig zu verkaufen. Gefl. Anfragen unter Chiffre D. B. 153 an den V. S. K. Basel.

Redaktionsschluss: 13. August 1925.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.